

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis .....	XIII
Einleitung.....	1
1. Teil: Gewalt und Recht .....	3
A. Allgemeine Definitionen.....	3
I. Etymologie .....	3
II. Sozialwissenschaften .....	4
1. Strukturelle Gewalt.....	4
2. Personale Gewalt und ihre Formen.....	5
a) Typologie personaler Gewalt nach Galtung.....	5
b) Kontextbezogenheit und Subjektorientiertheit des Gewaltbegriffs .....	6
c) Zwischenergebnis.....	8
B. Rechtswissenschaftliche Definitionen.....	8
I. Strafrecht: Diskussion zu §§ 177, 240 StGB.....	8
II. Zivilrecht: „Elterliche Gewalt“ und Gewaltschutz.....	10
III. Öffentliches Recht.....	11
1. Staatsrecht .....	11
2. Allgemeines Verwaltungsrecht (Besonderes Gewaltverhältnis).....	12
3. Polizeirecht .....	12
a) Gesetz über die Anwendung unmittelbaren Zwanges bei der Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Landes Berlin (UZwGBln).....	13
b) Bezüge des Polizeirechts i. e. S. zum Gewaltbegriff: Gefahrenabwehr als Staatsaufgabe, Schutzgüter und private Rechte.....	13
IV. Zusammenfassung.....	15
2. Teil: Häusliche Gewalt .....	17
A. (Rechts-) Geschichtliche Aspekte.....	17
I. Römisches Recht (Die Hausgewalt des pater familias) .....	18
II. Moderne Staatstheorien (Gesellschaftsvertrag).....	19
III. Züchtigungsrechte des Ehemannes und elterliches Züchtigungsrecht.....	22
IV. Entwicklungen und Initiativen auf internationaler wie nationaler Ebene .....	23
1. Internationale Konventionen und Standards .....	23
a) CEDAW-Ausschuss der Vereinten Nationen .....	23

b)	Europarat, insbesondere Istanbuler Konvention .....	24
2.	„Modell Österreich“ .....	25
3.	Maßnahmen zum Schutz vor häuslicher Gewalt auf nationaler Ebene .....	26
4.	Zusammenfassung .....	28
B.	Kriminologische und sozialwissenschaftliche Aspekte häuslicher Gewalt .....	29
I.	Begriffliche Erfassung des Phänomens durch Polizei und Justiz sowie Datenerhebung .....	29
II.	Sozialwissenschaftliche Definitionsansätze häuslicher Gewalt .....	32
1.	Sozialer Kontext / Soziale Nähe .....	32
2.	Erscheinungsformen häuslicher Gewalt .....	33
III.	Sozialwissenschaftliche Erklärungsmodelle häuslicher Gewalt .....	34
IV.	Häusliche Gewalt als „Männergewalt“? .....	35
C.	Kriterien für eine rechtswissenschaftliche Definition .....	37
I.	Häusliche Gewalt als Rechtsbegriff .....	37
II.	Definition, Definierbarkeit und Nützlichkeit einer Definition .....	37
1.	Definition(en) .....	37
2.	Definierbarkeit .....	40
3.	Nützlichkeit einer Definition .....	41
4.	Zusammenfassung .....	44
III.	Zivilrechtlicher Gewaltschutz und die „Tatbestandsmerkmale“ häuslicher Gewalt .....	44
1.	Rechtsgrundlagen des zivilrechtlichen Schutzes vor häuslicher Gewalt .....	44
2.	§ 1 GewSchG i.V.m. §§ 823 Abs. 1, 1004 Abs. 1 BGB analog .....	45
3.	§ 2 GewSchG .....	47
4.	Zusammenschau für den Bereich zivilrechtlichen Gewaltschutzes .....	49
IV.	Polizeirecht und „Tatbestandsmerkmale“ häuslicher Gewalt .....	50
1.	Überblick .....	51
2.	Tatbestandsmerkmale von Wohnungsverweis und Rückkehrverbot .....	52
3.	Vergleich der einschlägigen zivil- und polizeirechtlichen Vorschriften .....	53
V.	Definitionskriterien der juristischen Literatur .....	54
1.	Sozialer Nahraum / Häuslichkeit .....	55
2.	Erscheinungsformen häuslicher Gewalt .....	56
VI.	Europaratskonvention von Istanbul („Istanbuler Konvention“) .....	59
VII.	Zusammenfassung und eigener Ansatz .....	60

3.	Teil: Polizeirechtlicher Schutz vor häuslicher Gewalt.....	63
A.	Die Polizeigesetze der Länder .....	63
I.	Überblick.....	63
II.	Verweisungsmaßnahmen zum Schutz vor häuslicher Gewalt.....	64
1.	Insbesondere Wohnungsverweisung und Rückkehrverbot .....	64
2.	Fragestellungen, die sich aus den unterschiedlichen gesetzlichen Ausgangslagen in den einzelnen Ländern ergeben .....	64
III.	Qualifizierung und Abgrenzung der Verweisungsmaßnahmen untereinander – Zum Verhältnis von Wohnungsverweisung und Rückkehrverbot sowie Umfeldverweis zu Platzverweis und Aufenthaltsverbot .....	65
1.	Der (klassische) Platzverweis .....	66
2.	Das Aufenthaltsverbot.....	68
3.	Die Wohnungsverweisung und das Rückkehrverbot.....	69
4.	Der „erweiterte“ Umfeldverweis.....	70
5.	Streitstand zur Abgrenzung der Verweisungsmaßnahmen untereinander .....	71
a)	Allgemeines zur Abgrenzung von Standardmaßnahmen untereinander und zur polizeilichen Generalklausel – Zur Erheblichkeit von Tatbestand und Rechtsfolge einer Eingriffsnorm .....	72
aa)	Tatbestand als Bezugspunkt der Charakterisierung einer Maßnahme.....	73
bb)	Aspekte der Normenkonkurrenzlehre im Einzelnen.....	74
cc)	Zur Bedeutung der Eingriffsintensität in grundrechtlich geschützte Rechtspositionen .....	76
b)	Die Wohnungsverweisung (als spezieller Platzverweis).....	77
c)	Der Umfeldverweis (als spezieller Platzverweis) .....	80
d)	Ergebnis.....	80
IV.	Mögliche Rechtsgrundlagen für eine Wohnungsverweisung .....	80
1.	Generalklausel als mögliche Rechtsgrundlage für eine Wohnungsverweisung.....	81
2.	Platzverweis als mögliche Rechtsgrundlage für eine Wohnungsverweisung.....	81
V.	Grundrechtsbeeinträchtigungen durch eine Wohnungsverweisung .....	82
1.	Art. 14 Abs. 1 GG (Eigentumsgarantie).....	83
2.	Art. 12 GG (Berufsfreiheit) .....	84
3.	Art. 13 Abs. 1 GG (Unverletzlichkeit der Wohnung).....	86
4.	Art. 11 GG (Freizügigkeit).....	88
5.	Art. 6 Abs. 1 GG (Ehe und Familie) .....	92

a)	Ehe .....	92
b)	Familie.....	93
c)	Zusammenfassung.....	93
6.	Art. 6 Abs. 2 S. 1 GG (Elternrecht).....	94
7.	Zwischenergebnis zu den Grundrechtsbeeinträchtigungen aufgrund einer Wohnungsverweisung.....	95
VI.	Gesetzgebungskompetenz (der Länder) .....	96
1.	Art. 73 Nr. 3 Var. 1 GG (Freizügigkeit).....	97
2.	Art. 70 GG (Recht der Gefahrenabwehr) .....	98
3.	Zusammenfassende Stellungnahme und Konsequenzen .....	100
VII.	Anforderungen an die Spezialermächtigung zur Wohnungsverweisung und Vergleich der landesrechtlichen Regelungen.....	101
1.	Schutz privater Rechte versus Subsidiarität des Polizeirechts.....	101
2.	Richtervorbehalt .....	102
3.	Der Gefahrentatbestand der Standardbefugnis Wohnungsverweisung.....	103
a)	Qualifizierte Anforderungen an die Schutzgüter .....	103
aa)	Die Anforderungen an die Schutzgüter nach Art. 11 Abs. 2 GG .....	105
bb)	Die Anforderungen an die Schutzgüter nach Art. 12 und 14 GG.....	108
cc)	Die Anforderungen an die Schutzgüter nach Art. 6 Abs. 1 GG .....	109
dd)	Die Anforderungen an die Schutzgüter nach Art. 6 Abs. 2 S. 1 GG .....	109
ee)	Zwischenergebnis.....	110
b)	Qualifizierte Anforderungen an die Schutzgutbeeinträchtigung.....	111
aa)	Qualifizierte Gefahrbegriffe: Nähe und Wahrscheinlichkeit des Schadenseintritts.....	112
bb)	Qualifizierter Gefahrbegriff und Kriminalvorbehalt .....	113
cc)	Gefahrenprognose .....	115
dd)	Aufklärungspflichten.....	118
c)	Selbstgefährdung versus staatliche Schutzpflichten .....	118
d)	Störereigenschaft und Verantwortlichkeit .....	122
e)	Zwischenergebnis.....	123
4.	Rechtsfolgende Seite der Standardbefugnis Wohnungsverweisung .....	124
a)	Ermessensausübung und Übermaßverbot .....	124
b)	Entschließungs- und Auswahlermessen (bei Wohnungsverweisung und Rückkehrverbot) .....	124
c)	Störerauswahl .....	125
d)	Räumlicher Geltungsbereich: Wohnung und unmittelbare Umgebung.....	126
e)	Teilweise Zutrittsrechte bei auch beruflich genutzter Wohnung.....	127

f)	Befristung und Verlängerung des Rückkehrverbots .....	128
g)	Vorzeitige Aufhebung eines Rückkehr- bzw. Betretungsverbotes .....	131
h)	Gegenstände des täglichen Bedarfs .....	132
i)	Unfreiwillige Obdachlosigkeit .....	133
j)	Hinweise auf Beratung an die gefährdete Person und den Störer .....	133
k)	Angabe einer Anschrift oder einer zustellungsbevollmächtigten Person durch den Störer.....	134
VIII.	Ergänzende Maßnahmen wie Näherungs- und Kontaktverbot sowie Vollstreckung von Verweisungsmaßnahmen.....	135
1.	Ergänzende Maßnahmen.....	135
2.	Vollstreckung von Wohnungsverweis und Rückkehrverbot.....	137
B.	Zusammenfassung: Präventives polizeiliches Handeln im Kontext häuslicher Gewalt.....	139
4.	Teil: Thesen.....	141
	Literaturverzeichnis .....	143
	Anhang: Die Befugnisnormen zu Wohnungsverweisung und Rückkehrverbot in den Landespolizeigesetzen – Stand: Dezember 2013.....	159